

ANORDNUNG
der Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern nach § 7 Abs. 3 Satz 1 GwG
zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten

vom 25.09.2018

Die Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund der Befugnis nach § 7 Abs. 3 Satz 1 GwG i.d.F. vom 23.06.2017 (BGBl. I S. 1822) am 25.09.2018 folgende Anordnung zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten getroffen:

Rechtsanwälte und verkammerte Rechtsbeistände nach § 209 BRAO, die für ihre Mandanten regelmäßig an den Geschäften des § 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG mitwirken, haben einen Geldwäschebeauftragten zu bestellen, der Ansprechpartner für die Strafverfolgungsbehörden, die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und die zuständige Rechtsanwaltskammer als Aufsichtsbehörde ist, wenn in der eigenen Praxis mehr als 30 Berufsangehörige oder Berufsträger sozietätsfähiger Berufe nach § 59a BRAO tätig sind. Für den Fall seiner Verhinderung ist dem Geldwäschebeauftragten ein Stellvertreter zuzuordnen. Ihre Bestellung oder Entpflichtung ist der zuständigen Rechtsanwaltskammer vorab mitzuteilen.

Diese Anordnung wird gemäß § 3 der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern im Kammerrundschreiben bekannt gemacht und gemäß §§ 41 Abs. 4 Satz 3, 43 Abs. 1 Satz 1 VwVfG zwei Wochen nach Bekanntmachung wirksam.

gez. RA Stefan Graßhoff
Präsident

ausgefertigt am 12.10.2018



RA Stefan Graßhoff
Präsident